Mitteilungsblatt

VVN-BdA Niedersachsen • Rolandstr. 16 • 30161 Hannover • Tel. 0511-331136

Kranzniederlegung in Bergen - Belsen

Zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion haben am 22.06.01 Angehörige, Politiker, Schüler aus Hannover und Uetze sowie eine Abordnung der VVN-BdA Landesverband Nds. e.V. und vom Kreisverband Celle Kränze und Blumengestecke am Mahnmal auf dem sowjetischen Friedhof in Bergen-Hörsten niedergelegt.

Die rund 20000 Toten auf dem Kriegsgefangenenfriedhof in Bergen –Hörsten seien bislang namenlos, so Niedersachsens Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper in ihrer Ansprache zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Erst jetzt ist es möglich, an Hand einer Wehrmachtskartei aus dem Militärarchiv Podolsk bei Moskau die Daten zu erschließen und somit die einzelnen Namen der Toten zu identifizieren.

Aus den Aufzeichnungen ihres Vaters "Tamurbek Dawietschin " las die Historikerin Dr. Camilla Dawietschin-Linder eindrucksvolle Passagen von der Ankunft der sowj. Gefangenen im Dezember 1941 im Lager Bergen-Belsen.

Die Gefangenen bekamen weder zu Essen noch zu Trinken, später dann nur Tee und dünne Rübensuppe. "Jeden Tag standen einige morgens nicht mehr auf", abends, wenn das karge Brot verteilt wurde, kam es zu sogar zu gegenseitigen Überfällen und das Brot wurde ihnen aus der Hand gerissen, während sie aßen.

Die Sonderausstellung "Sowjetische Kriegsgefangene 1941-1945. Leiden und Sterben in den Lagern von Bergen – Belsen, Fallingbostel, Oerbke, Wietzendorf " ist bis zum 24 August im Foyer des Dokumentenhauses täglich von 9 bis 18 Uhr zu sehen.

Margot Maßow

Unser Landessprecher Gerd Bornemann bei der Kranzniederlegung am Mahnmal für die sowjetischen Kriegsgefangenen.

Wolfsburg

VVN-BdA Wolfsburg solidarisch mit Flüchtlingen

In Wolfsburg findet in der Zeit vom 15.-28. September 2001 die „Interkulturelle Woche“ statt. Ziel der Veranstaltungen ist es, auf unterschiedliche Art (Diskussionen, Kulturbeiträge, Sportspiele usw.) Aufklärung zu betreiben und Nähe zu mit uns lebenden ausländischen Mitbürgern zu fördern.

Die VVN-BdA Wolfsburg wird sich beteiligen mit einer Fotoausstellung, die das Leben der Asylbewerber in Wolfsburg zeigt und einer Diskussionsveranstaltung mit Asylbewerbern aus Afrika. Sie werden unter dem Titel „Leben am Rande“ (denn die Asylunterkünfte liegen real am Stadtrand, zwischen Betonmischwerk und Recycling-Fabrik) aus ihren realen Erfahrungen betreffs Wohnen, Gutscheinregelung, Krankheitsversorgung, Residenzpflicht usw. berichten.

Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager

Öffentliche Führungen zur Geschichte der Emslandlager 1933-1945

jeweils dienstags um 19.30 Uhr (bis ca. 21.30 Uhr) 17. Juli, 31. Juli, 14. August, 28. August 2001 DIZ Emslandlager, Wiek rechts 22, Papenburg

Anhand von historischen Aufnahmen wird die Geschichte der Emslandlager 1933 bis 1945 vorgestellt. Im Anschluss daran findet ein Gang durch die Dauerausstellung und durch die Sonderausstellung „Kunst und Musik in den Moorlagern“ (nicht am 28.08.2001) statt. Eintritt: 5,00 DM; ermäßigt: 3,00 DM

Menschen gedenken Menschen

Die polnische Zeitung „Trybuna“ titelte am 23.Mai 2001 unter obiger Überschrift einen Bericht über die Gedenkarbeit im Landkreis Stade und die Bereitschaft des Landkreises Stade polnische Mütter individuell zu entschädigen, deren Säuglinge in den „fremdvölkischen Kinderheimen“ des Landkreises Stade getötet wurden.

Im Artikel wurde die Arbeit der VVN-BdA gewürdigt und als Kontaktadresse in Stade wurde das Stadtarchiv angegeben.

Der Artikel in der „Trybuna“ führte zu einer umfangreichen Agenturmeldung der dpa („Stade will polnische Mütter ‘fremdvölkischer Kinder’ entschädigen“), die dann Ende Mai in vielen norddeutschen Tageszeitungen abgedruckt wurde.

Vorgeschichte

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Stade ist seit 1993 auf der Spurensuche nach den in den vier „fremdvölkischen Kinderheimen“ im Landkreis Stade in den Jahren 1944/45 getöteten Kinder von Zwangsarbeiterinnen.

Die betroffenen Gemeinden führten für die VVN-BdA eine Auswertung der Sterbe- und Geburtsregister durch, und wir konnten dadurch beweisen, daß in den vom damaligen Landkreis betriebenen „Heimen“ über 60 Säuglinge getötet wurden.

Auf unsere Initiative gibt es mittlerweile in Drochtersen und Stade-Campe Gedenksteine/-tafeln für die Kinder und in Balje errichtete die örtliche Kirchengemeinde einen Grabstein zur Erinnerung an dreizehn Kinder.

Die Ergebnisse unserer Arbeit sind seit Sommer 1999 im Internet abrufbar (www.vvn-bda.de/stade).

Im Frühjahr 1999 erreichten wir, daß der Landkreis Stade eine Dokumentation zu den „fremdvölkischen Kinderheimen“ erstellen soll. Ein von der VVN-BdA formulierter Antrag wurde von der SPD in den Kreistag eingebracht und dort beschlossen.

Die Dokumentation fließt ein in das Projekt „Alltag im Nationalsozialismus“ das gemeinsam vom Landkreis Stade und der Stadt Stade beim Stader Stadtarchiv eingerichtet wurde.

Im Rahmen des Projektes konnten alle Lebens- und Sterbedaten der getöteten Kinder ermittelt werden und auch die persönlichen Daten der Mütter. Die VVN-BdA stellte im Rahmen des Projektes alle bisher gesammelten Unterlagen zur Verfügung.

Seit Dezember 1999 forderten wir, daß der Landkreis Stade sich an Entschädigungszahlungen beteiligen sollte. Auf zwei Kreiskulturausschusssitzungen wurde eine Entscheidung vertagt.

Im März 2001 erfolgte eine aufsehenerregende Flugblattverteilung der VVN-BdA vor dem niedersächsischen Landkreistag in Stade. Wir thematisierten erneut die Verantwortlichkeit des Landkreises für die „Heime“.

Einige Tage später lehnte der Kreiskulturausschuß zwar eine Beteiligung an der Bundesstiftung (als Zustiftung von uns favorisiert) ab, wollte aber betroffene Mütter individuell entschädigen und es erfolgte der Auftrag an das Projekt so schnell wie möglich Kontakte zu betroffenen Müttern herzustellen.

Die Beschlüsse des Kreiskulturausschusses waren für uns Anlass vielfältig aktiv zu werden. Durch unsere Vermittlung wurden schon im April die Daten an die ukrainischen Opferverbände weitergeleitet und wir stellten Kontakte zu polnischen Verbänden her. In unseren Briefen gaben wir, nach Absprache, das Stader Stadtarchiv als Kontaktstelle an.

magazyn trybuny

inny świat

Stade chce wypłacić odszkodowania – pisze MAŁGORZATA BARWICKA

Ten obraz uporczywie powracał. Młoda dziewczyna kładzie wiązankę kwiatów w kącie cmentarza. – Dlaczego? Przecież tam nie ma żadnych grobów? – pytał dziadka kilkuletni Michael.

In großer Aufmachung berichteten polnische Zeitungen über die Bereitschaft des Landkreises Stade zur individuellen Entschädigung.

Die großen polnischen Zeitungen wurden von uns gebeten einen Zeitungsartikel abzudrucken, in denen über die Bereitschaft des Kreises informiert wurde, individuell zu entschädigen. Dem ins polnische übersetzten Artikel legten wir auch Fotos der Gedenksteine bei. Die „Trybuna“ berichtete dann am 23. Mai 2001 mit Foto eines Gedenksteines auf der Titelseite und berichtete sehr positiv über das Gedenken an die getöteten Kin-

Mitteilungsblatt -
Beilage zur antifa-rundschau.
Hrsg. VVN-BdA, LV Niedersachsen, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.
ViSdP.: S. Hölzer

der und die Bereitschaft des Landkreises Stade individuell zu entschädigen. Daraufhin erfolgte der, in einigen Punkte falsche, dpa-Bericht.

Nachgeschichte

Einige Kreistagspolitiker und Teile der Verwaltungsspitze des Landkreises zeigten sich über das Medienecho erbost, weil sie dadurch an die eigenen Beschlüsse im Kulturausschuss erinnert wurden. Der VVN-BdA wurde vorgeworfen bei Betroffenen falsche Erwartungen zu erzeugen, wir hätten ohne Auftrag gehandelt und der endgültige Beschluß über eine Entschädigung wäre noch nicht getroffen. „Empörung über Aufruf in Polen“ und „VVN wird scharf kritisiert“ titelte die HARBURGER RUNDSCHAU. Die NEUE STADER überschrieb „VVN-Aktion sorgt für Verwirrung“ und im MITTWOCHSJOURNAL lautete die Schlagzeile „Streit um Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen - Stader Kreisverwaltung verärgert über öffentlichen Aufruf in polnischen Zeitungen“. In den Artikeln wurde aber auch unsere Meinung wiedergegeben. Die Berichterstattung änderte sich dann aber nach der in derselben Woche stattfindenden Kreiskulturausschusssitzung. Im STADER TAGEBLATT war zu lesen über das Projekt „Alltag im Nationalsozialismus“:

„In diesem Zusammenhang hob Bohmbach (Leiter Stadtarchiv Stade) *die Leistung der Stader VVN hervor, der im Alleingang in polnischen Zeitungen Aufrufe gestartet hatte, ehemalige Zwangsarbeiterinnen mögen sich in Stade melden. Durch die VVN-Aktivitäten habe man wichtige Kontakte nach Polen und in die Ukraine knüpfen können.“.*

Zwischenstand am 24.06.2001

Mittlerweile war eine Journalistin der „Trybuna“ in Stade und hat für die polnische Zeitung eine zweiseitige Reportage gemacht, in der auch ausführlich die Arbeit der VVN-BdA erwähnt wurde. Die taz-Hamburg und die Süddeutsche Zeitung bereiten Berichte über die Gedenkarbeit im Landkreis Stade und die Suche nach den Müttern der getöteten Säuglinge vor. Der Kreisausschuss des Landkreises hat einstimmig beschlossen, daß auf jeden Fall entschädigt wird. Die örtlichen Zeitungen berichten umfangreich über die Tötung der Kinder von Zwangsarbeiterinnen im Landkreis Stade und erwähnen positiv die Rolle der VVN-BdA dieses düstere Kapitel aufzuarbeiten.

Ein Datenabgleich bei der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ führte dazu, daß wahrscheinlich mehrere der Mütter gefunden sind.

Michael Quelle

Göttingen

Oberverwaltimgsgericht Lüneburg macht Neonazis in Göttingen den Weg frei.

5000- 6000 Gegendemonstrantcn unterwegs

Zwischen 2000 - 3500 Polizeikräfte aus Niedersachsen, Bremen , Nordrhein-Westfalen und Berlin sichern das freie Geleit für eine Kundgebung und Demo der NPD und den “freien“ Kameradschaften.

Nach zehn Jahren gelingt es der NPD erstmals wieder mit Hilfe von Justiz und Polizei in Göttingen aufzutreten.

Aus dem gesamten Bundesgebiet waren zwischen 500 bis 700 neofaschistische Demonstranten angereist, um den Dank des NPD- Bundesvorsitzenden entgegen zu nehmen “...in der Stadt, wo der rote Mob am schlimmsten wütet..“ und “...in der die pure Gewalt herrscht.“

Es ist keineswegs so, dass nur der NPD- Vorsitzende Voigt vor Ort anheizte, sondern schon im Vorfeld war davon die Rede, dass die Polizei und ein Teil der Medien einen Eindruck erweckten, als gelte es die Stadt vor “gewaltbereiten” Linken zu schützen. Nicht vor den Neofaschisten sollte die Bevölkerung geschützt werden, sondern vor den autonomen Antifa- Gruppen.

Sofort nach Bekanntwerden einer Anmeldung der NPD zu einer Kommunalwahl- Auftakt- Veranstaltung hat sich ein breites Bündnis in der Stadt gefunden, diesen Nazi- Aufmarsch zu verhindern. Diesem Aufruf schlossen sich über 90 Gruppen, Vereinigungen; Kirchen, Parteien und Gewerkschaften an. Allerdings fehlten die CDU, der Oberbürgermeister, die Göttinger Bundestagsabgeordnete Süssmuth, sowie die IHK, die Spitzen der Sparkasse und die Uni-Leitung.

Mehrere Gegendemonstrationszüge waren angemeldet. Etwa 3500 Demonstranten trafen sich vor dem Hauptbahnhof zu einer Auftaktkundgebung, auf der der Regionalvorsitzende des DGB und der Betriebsratsvorsitzende der Volkshochschule sprachen. Die Demo sollte durch die Innenstadt zum Vorplatz der Stadthalle führen. Als jedoch bekannt wurde, dass die Polizei einem Demonstrationszug von ca. 500-700 vorwiegend jungen Teilnehmern vom Campus aus den Weg versperrte, als diese sich mit der anderen Gegendemo verbinden wollte, zogen die 3500 Demonstranten in Richtung Campus, um die dort Festgehaltenen abzuholen.

Zwischen beiden Zügen stand nun die Polizei, die Wasserwerfer aufgefahren hatte. Es war schon eine pikante Situation, als plötzlich u.a. der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur den Einheiten seines Innenminister-Kollegen gegenüberstand. Erst nach einigen Verhandlungen räumte die Polizei ihre Sperre und beide Demonstrationszüge konnten sich vereinigen. Vorher spielte die Polizei aber ihren Machtapparat aus und ging äußerst rüde gegen die jungen Menschen vom Campus vor.

Nach diesem Zwischenfall wurde die Demonstration fortgesetzt und in ihrem Verlauf schlossen sich auch die 250 Teilnehmer der Verdi-Gründungskonferenz der Region Göttingen an. Vor der Stadthalle fand dann die Abschlusskundgebung statt, auf der der HBV-Vorsitzende von Thüringen, Angelo Lucifero, eine von Abschiebung bedrohte Asylbewerberin, die Vorsitzende des Auschwitz-kommitees, Esther Bejarano, sprachen und ein kultureller Beitrag der Gruppe Coincidence von Esther Bejarano geboten wurde.

Während der Abschlusskundgebung wurde bekannt, dass es einigen Gegendemonstranten gelungen war, mit Sitzblockaden die NPD-Demo zu behindern.

Es hatten sich schon morgens um fünf Uhr ca. 100-150 Teilnehmer gefunden, die mit einer Besetzung zu verhindern suchten, dass die NPD ihren Aufmarschplatz einnehmen konnte. Diese Blockierer wurden von der Polizei abgedrängt und 100 von ihnen zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen.

Trotzdem gelang es Gegendemonstranten, an anderer Stelle den NPD-Marsch zur Umkehr zu zwingen, so dass diese ihre vorgesehene Route nicht einhalten konnte. Insgesamt wurden 125 GegendemonstrantInnen festgenommen, mehrere verletzt und einer schwerverletzt. Wie die Polizei berichtet, erlitten fünf Polizisten leichte Verletzungen. Der Bericht folgt im weiteren der oben geschilderten Methode von den gewaltbereiten Linken und vermerkt dann, dass bei einem Rechten sechs CD's mit rechtsradikalen Interpreten eingezogen wurden.

Nach diesem Tag wird deutlich, dass in Göttingen zukünftig noch mehr getan werden muss, um zu zeigen, dass eine Stadt gegen Rechtsradikalismus und Neonazismus aufbegehrt.

Esther Bejaranos Worte "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit. Damit nie wieder geschieht, was geschah", die sie in ihrer sehr authentischen und engagierten Rede ausrief, gelten als Mahnung für die kommenden Aktionen.

Peter Dürrbeck

Hannover

Aktionen gegen militante Neonazi-Szene

In einem breit angelegten „Bündnis gegen rechte Gewalt" trafen sich am Freitag, 15. Juni ca. 800 Menschen vor dem Langenhagener Rathaus, um in einem Demonstrationszug in den Stadtteil Wiesenau der dortigen Neonazi-Szene demokratisch „Gesicht zu zeigen".

Mit Unterstützung aller im Rat vertretenen Parteien eröffnete Bürgermeisterin Waltraud Krückeberg die Kundgebung mit deutlichen Worten und der Aufforderung, zivilcouragiert gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in allen Lebensbereichen vorzugehen.

Die Demonstration wurde von vielen gesellschaftlich relevanten Gruppen und natürlich auch von der VVN-BdA unterstützt, deren Leittransparent „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - Keine Toleranz für Nazis" breite Zustimmung fand. Landessprecher Gerd Bornemann hielt auf der Abschlußkundgebung in Langenhagen-Wiesenau einen viel beachteten Redebeitrag und avisierte für die nähere Zukunft weitere antifaschistische Aktionen in unterschiedlichen Gestaltungsformen.

Antifaschistische Informationen an alle Haushalte mit Tagespost 1

An die Bürgerinnen und Bürger Langenhagens,

erneut steht Langenhagen im Mittelpunkt der Medien. Seit den rassistischen Übergriffen an Christi Himmelfahrt und den anschließenden Auseinandersetzungen mit der Polizei vergeht kaum ein Tag ohne Berichte über die Langenhagener Naziszene – auch bekannt als „Wiesenauer Gruppe" – und den von ihr ausgehenden Terror.

Wir – aktive AntifaschistInnen aus Hannover – wollen im Folgenden die Entwicklung der Naziszene in Langenhagen nachzeichnen und sie um Hintergrundinformationen ergänzen. Anschließend geben wir einen Überblick über die Entwicklung und Aktivitäten der militanten Neonazis in der BRD.

Aktuelle Entwicklungen

Dieses 4-seitige Faltblatt mit Informationen zur örtlichen Neonazi-Szene wurde eine Woche nach der Demonstration im Stadtteil Wiesenau verteilt. Weiteren 14.900 Langenhagenern ging die Informationsschrift per Post zu. Ein gemeinsamer Informationsstand der VVN-BdA Hannover und der Antifaschistischen Initiative Hannover - wiederum eine Woche später - setzt die Aufklärungskampagne fort.